

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

IV. Quartal 2009

Abgeschlossen am 31. Dezember 2009. • E-Mail-Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Nach dem positiven Votum der irischen Bevölkerung tritt der Vertrag von Lissabon in Kraft. Der Europäische Rat setzt im Zuge der Defizitverfahren Fristen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte von 9 Mitgliedsländern. Gegenüber Griechenland wird das Defizitverfahren verschärft, da die Staatsverschuldung außerordentlich rasch gestiegen ist. In den USA zahlen einige Banken bereits die im Zuge der Finanzmarktkrise erhaltenen Finanzhilfen an den Staat zurück, für andere werden Rettungsaktionen erst genehmigt. Die Weltklimakonferenz endet ohne verbindliche Zusagen.

4. Oktober: Die Bevölkerung Irlands stimmt mit 67,1% für den EU-Reformvertrag. In einem Referendum im Juni 2008 wurde der Vertrag von Lissabon mehrheitlich abgelehnt.

5.-6. Oktober: In Istanbul findet die jährliche Tagung von Währungsfonds und Weltbank statt. Bereits im Vorfeld wird vielfach eine Neuregelung der Weltwirtschaft nach der Krise erhofft. Die 186 Finanz- und Wirtschaftsminister vertragen aber anstehende Entscheidungen wie die Kapitalerhöhung der Weltbank sowie die Anhebung der Quoten und Stimmrechte der Schwellen- und Entwicklungsländer auf das Frühjahr 2010.

Der Entwicklungsausschuss der Weltbank weist darauf hin, dass aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise im Jahr 2010 zusätzlich 90 Mio. Menschen unter extremer Armut leiden werden (Einkommen unter 1,25 \$ pro Tag). Bereits 2009 wurden 60 Mrd. \$ an Zuschüssen und Krediten zur Verfügung gestellt, um 54% mehr als im Vorjahr. Der Präsident der Weltbank, Robert Zöllnik, warnt vor Finanzengpässen und fordert eine Kapitalerhöhung für seine Institution.

7. Oktober: Die Europäische Kommission leitet das Verfahren wegen übermäßigen Defizits gegen Österreich, Deutschland, Belgien, Italien, die Niederlande, Portugal, die Slowakei, Slowenien und Tschechien ein.

8. Oktober: Die Europäische Kommission fordert Banken, die Staatshilfe erhalten haben, auf, mit der Rückzahlung von nachrangigen Anleihen zurückhaltend zu sein. Die niederländische ING Bank und die belgisch-französische Dexia Bank wollten private Anleger vor der Fälligkeit ihrer Titel auszahlen.

13. Oktober: Die niederländische DSB Bank wird nach einer gescheiterten Rettungsaktion durch ein Bankenkonsortium unter Zwangsverwaltung gestellt. Gemäß einem Gerichtsbeschluss werden alle Aktiva und Passiva eingefroren und zwei Administratoren eingesetzt. Der gerichtlichen Entscheidung ging ein Ansturm der Kunden auf die Bank voraus. Die Bank ist auf Hypothekar- und Konsumkredite spezialisiert und zählt mit einer Bilanzsumme von 8 Mrd. € zu den kleinen Instituten des Landes.

18. Oktober: Die Bank of America verzeichnet für das III. Quartal 2009 einen Verlust von 2,24 Mrd. \$, der hauptsächlich aus dem Privatkreditgeschäft resultiert. Bisher erhielt die Bank 45 Mrd. \$ an Staatshilfe.

Ausland

Irland: EU-Reformvertrag

*Tagung Währungsfonds,
Weltbank*

*Europäische Kommission:
Defizitverfahren*

*Europäische Kommission:
Banken*

Niederlande: DSB Bank

USA: Bank of America

USA: Capmark Financial Group

25. Oktober: In den USA meldet das Finanzunternehmen Capmark Financial Group Gläubigerschutz nach Chapter 11 an¹⁾. Das Unternehmen ist auf die Finanzierung von Gewerbeimmobilien spezialisiert. Im Insolvenzverfahrensantrag stehen den Verbindlichkeiten von 21 Mrd. \$ Vermögenswerte von 20 Mrd. \$ gegenüber.

Deutschland: Deutsche Bank

29. Oktober: Die Deutsche Bank weist im III. Quartal einen Gewinn nach Steuern von 1,3 Mrd. € aus.

USA: Morgan Stanley

Das Bankhaus Morgan Stanley (USA) weist im III. Quartal 2009 einen Gewinn von 489 Mio. \$ aus.

USA: CIT Group

1. November: Die CIT Group, einer der wichtigsten Finanzierer mittelständischer Betriebe in den USA, sucht um Gläubigerschutz nach Chapter 11 an. Das Unternehmen hat bereits 2,33 Mrd. \$ aus dem "Trouble Asset Relief Program" (TARP) erhalten. Mit 71 Mrd. \$ an Vermögenswerten und 65 Mrd. \$ an Verbindlichkeiten zählt dieser Konkurs zu den größten in der Geschichte der USA.

Großbritannien: Royal Bank of Scotland, Lloyds Banking Group

4. November: Die britische Regierung kauft Aktien der beiden Großbanken Royal Bank of Scotland und Lloyds Banking Group im Umfang von 31,2 Mrd. £.

USA: General Motors

Der Autohersteller General Motors (USA) beschließt, Opel Vauxhall nicht an das Magna-Konsortium zu verkaufen²⁾.

Europäische Kommission: Defizitverfahren

11. November: Die Europäische Kommission schlägt dem Rat vor, Deutschland, den Niederlanden, Österreich, Portugal, der Slowakei, Slowenien und Tschechien für die Korrektur des übermäßigen Defizits eine Frist bis 2013 zu setzen. Für Belgien und Italien wird aufgrund der hohen Schuldenquote diese Frist mit 2012 festgelegt. Frankreich, Irland, Spanien und Großbritannien haben wirksame Maßnahmen zur Umsetzung der Ratsempfehlungen vom April gesetzt; für Frankreich und Spanien gilt deshalb eine Frist 2013, für Irland bis 2014 und für Großbritannien bis 2014/15, um die Maastricht-Budgetziele zu erreichen. Als Sonderfall gilt Griechenland, da die außerordentliche Verschlechterung der Haushaltsposition im Jahr 2009 (-12,7% laut Herbstprognose gegenüber -3,7% laut Prognose der Vorgängerregierung) auf unzureichende Maßnahmen der Behörden zurückzuführen ist. Das laufende Defizitverfahren soll verschärft werden, neue Vorgaben zum Defizitabbau sollen 2010 folgen.

EU: Ratspräsident, Außenministerin

19. November: Die Staats- und Regierungsoberhäupter der EU-Länder nominieren den Belgier Herman Van Rompuy für das Amt als Ratspräsidenten. Diese nach dem EU-Reformvertrag neu geschaffene Position ist für 2½ Jahre vorgesehen. Als neue Außenministerin ist die britische EU-Handelskommissarin Catherine Ashton nominiert. Ihre Funktionsdauer beträgt 5 Jahre.

Großbritannien: Halifax Bank of Scotland, Royal Bank of Scotland

24. November: Die Bank of England gibt bekannt, dass sie den Großbanken Halifax Bank of Scotland und Royal Bank of Scotland zwischen 1. Oktober 2008 und 16. Jänner 2009 Liquiditätshilfen von 61,6 Mrd. £ gewährt hat, ohne die Öffentlichkeit zu informieren. Die mit 100 Mrd. £ abgesicherten kurzfristigen Kredite wurden bis Mitte Jänner 2009 zurückgezahlt.

IWF: New Arrangements to Borrow

Zur Überwindung der Finanzmarktkrise beschließen 26 Geberländer des IWF die Aufstockung der "New Arrangements to Borrow" um 100 Mrd. \$ auf 600 Mrd. \$.

Deutschland: Nordrhein-Westfälische Landesbank

25. November: Der deutsche Staat und das Bundesland Nordrhein-Westfalen einigen sich, die Nordrhein-Westfälische Landesbank West-LB zu retten. 85 Mrd. € an Wertpapieren werden in eine Bad Bank des deutschen Bankenrettungsfonds Soffin ausgelagert. Die West-LB wird mit zusätzlichem Kapital ausgestattet, dessen Geber, Umfang und Zeitpunkt noch unklar sind.

Emirat Dubai: Zahlungsaufschub

26. November: Die Regierung des Emirats Dubai bittet die 70 Gläubiger der staats-eigenen Investmentgesellschaft Dubai World um Zahlungsaufschub bis 30. Mai 2010:

¹⁾ Chapter 11 des Bundesrechtes der USA regelt die Reorganisation von Unternehmensfinanzen im Falle einer Insolvenz.

²⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2009", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(10), S. 747, http://www.wifo.ac.at/wwwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37123&typeid=8&display_mode=2.

Dubai World steht zu einem großen Teil im Eigentum des Scheichs und ist mit 59 Mrd. \$ verschuldet.

27. November: Russland, Weißrussland und Kasachstan vereinbaren die Gründung einer Zollunion mit 1. Jänner 2010. Ziel ist, über einen einheitlichen Zollltarif und einen gemeinsamen Zollkodex hinaus einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu schaffen.

1. Dezember: Der Vertrag von Lissabon (EU-Reformvertrag) tritt in Kraft³⁾.

2. Dezember: Der Ecofin-Rat der EU beschließt die Vorschläge der Europäischen Kommission vom 11. November 2009.

Die Australische Notenbank erhöht den Leitzinssatz (Cash Rate) um 25 Basispunkte auf 3,75%. Seit Oktober 2009 ist dies die dritte Leitzinssatzerhöhung. Die Inflation liegt auf Jahresbasis bei 3,5%, die Zentralbank strebt eine Rate von 2% bis 3% an.

4. Dezember: Die Bank of America und das Schatzamt der USA einigen sich über einen Plan zur Rückzahlung von 45 Mrd. \$ an Hilfsmitteln aus dem TARP. 26,2 Mrd. \$ zahlt die Bank aus Bargeldreserven zurück, 18,8 Mrd. \$ werden mit Aktienemissionen finanziert. Die Eigenkapitalbasis soll über den Verkauf von Unternehmensteilen um 4 Mrd. \$ gestärkt werden.

9. Dezember: Der größte europäische Autohersteller Volkswagen und der viertgrößte japanische Autohersteller Suzuki gehen eine Partnerschaft ein. Volkswagen wird 19,9% der Suzuki-Aktien kaufen. Mit der Hälfte dieses Erlöses wird Suzuki Aktien des Volkswagen-Konzerns erwerben. Ziel ist, gemeinsam Öko-Kleinautos zu entwickeln und die Weltmarktführerschaft von Toyota (derzeit 13% des Weltmarktes) zu brechen.

Der Finanzminister der USA, Geithner, verlängert als Vorsichtsmaßnahme das mit 700 Mrd. \$ ausgestattete TARP bis 3. Oktober 2010.

10. Dezember: Die britische Regierung kündigt die Einführung einer einmaligen Sondersteuer von 50% auf Bankenboni über 25.000 £ an. Staatsgarantien und Gratiskredite des Staates trugen erheblich zu den 2009 erzielten Bankengewinnen bei.

Der Nobelpreis für Ökonomie ergeht an Elinor Ostrom und Oliver E. Williamson aus den USA. Sie erhalten die Auszeichnung für ihre Arbeiten im Bereich der Institutionenökonomie.

14. Dezember: Die Europäische Wettbewerbskommission genehmigt staatliche Beihilfen an die Royal Bank of Scotland (RBS) im Ausmaß von 60 bis 100 Mrd. £. Im Gegenzug muss sich die Bank bis 2013 von den Bereichen Transaktionsmanagement und Rohstoffhandel trennen. Dies ist das größte Hilfspaket, das je in der EU einem einzelnen Unternehmen gewährt wurde.

Die Modalitäten für die Rückzahlung des Trouble Asset Relief Programm (TARP) durch die Citigroup werden festgelegt. Die Bank erhielt Kapitaleinlagen von 45 Mrd. \$, für die der Staat zum Teil Stammaktien hält. Davon werden Aktien im Ausmaß von 5 Mrd. \$ sofort und der Rest (20 Mrd. \$) in den folgenden 6 bis 12 Monaten verkauft. Die verbleibenden 20 Mrd. \$ zahlt die Citigroup aus dem Verkauf von Stammaktien und Schuldtiteln zurück. Die Regierung der USA erhält zusätzlich zum ausgegebenen "Notgeld" 3,1 Mrd. \$ an Dividenden und Zinsen zurück.

Das Schatzamt der USA verkauft Bezugsscheine auf Stammaktien der Bank JP Morgan Chase & Co im Wert von 936 Mio. \$. Die Bank ist somit vollständig aus dem TARP entlassen.

15. Dezember: Die EU und 11 lateinamerikanische Länder unterzeichnen ein Bananen-Abkommen, das die längste handelspolitische Auseinandersetzung in der Geschichte der EU beenden wird. Die EU verpflichtet sich, den Einfuhrzoll auf Bananen von derzeit 176 € auf 114 € je Tonne zu senken. Im Gegenzug werden die lateinamerikanischen Länder mehrere bei der WTO anhängige Verfahren gegen die EU beenden. Sie verpflichten sich, während der Dauha-Verhandlungen keine weitere Senkung des EU-Zolls auf Bananen zu fordern.

Russland, Weißrussland,
Kasachstan: Zollunion

EU: Vertrag von Lissabon

EU: Ecofin-Rat

Australien: Leitzinssatz

USA: Bank of America

Deutschland, Japan:
Volkswagen, Suzuki

USA: TARP

Großbritannien: Sondersteuer
auf Bankenboni

Nobelpreis für Ökonomie

Europäische
Wettbewerbskommission:
Royal Bank of Scotland

USA: Citigroup

USA: JP Morgan Chase & Co

EU, Lateinamerika:
Bananen-Abkommen

³⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2007", WIFO-Monatsberichte, 2008, 81(1), S. 32, http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31042&typeid=8&display_mode=2.

Europäisches Parlament:
Haushaltsplan

17. Dezember: Das Europäische Parlament verabschiedet den Haushaltsplan 2010 der EU. Die Verpflichtungsermächtigungen⁴⁾ betragen 141,5 Mrd. € (1,2% des Bruttonationaleinkommens der EU 27, +3% gegenüber 2009). Die Zahlungsermächtigungen⁵⁾ werden mit 122,9 Mrd. € veranschlagt (1,04% des Bruttonationaleinkommens der EU 27, nominell +8,8% gegenüber 2009).

Nordkorea: Währungsreform

Nordkorea führt aufgrund der hohen Inflation eine Währungsreform durch. 10 neue Won entsprechen 1.000 alten Won.

Deutschland: Wachstums-
Beschleunigungsgesetz

18. Dezember: In Deutschland stimmt die Länderkammer für das Wachstums-Beschleunigungsgesetz, das am 1. Jänner 2010 in Kraft tritt. Eine Steuerentlastung mit einem jährlichen Volumen von 8,5 Mrd. € soll über die Konjunkturpakete hinaus Wachstumshemmnisse beseitigen. Die wachstumsorientierte Steuerpolitik umfasst gezielte Korrekturen im Bereich der Unternehmensteuer und der Erbschaftsteuer, die Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von 7% auf Beherbergungsleistungen und die Erhöhung des Kindergeldes um 20 € je Kind. Gleichzeitig steigen die Steuerfreibeträge für Kinder von insgesamt 6.024 € auf 7.008 € für jedes Kind. Von den Steuerausfällen werden der Staat 4,63 Mrd. €, die Länder 2,28 Mrd. € und die Gemeinden 1,57 Mrd. € tragen.

UNO-Klimakonferenz
Kopenhagen

20. Dezember: An der für zwei Wochen anberaumten UNO-Klimakonferenz in Kopenhagen nehmen 193 Länder teil. Sie endet mit einer unverbindlichen Klimaüber-einkunft. Im Copenhagen Accord wird das Ziel, die weltweite Erwärmung nicht über 2 Grad steigen zu lassen, anerkannt. Dazu sind weltweite Einschränkungen der Treibhausgasemissionen notwendig. Die Finanzmittel der Industrieländer an die Entwicklungsländer sollen zwischen 2010 und 2012 30 Mrd. \$ betragen (EU 10,6 Mrd. \$, Japan 11 Mrd. \$, USA 3,6 Mrd. \$). Ab 2020 soll ein Klimafonds jährlich 100 Mrd. \$ für die Entwicklungsländer bereitstellen.

EU: Strafzölle China, Vietnam

22. Dezember: Die EU verlängert die seit drei Jahren bestehenden Strafzölle auf Importe von Lederschuhen aus China (16,5%) und Vietnam (10%) um 15 Monate.

Griechenland:
Stabilitätsprogramm

23. Dezember: Die neue griechische Regierung legt ein Stabilitätsprogramm vor, mit dem das Haushaltsdefizit von 12,7% des BIP (2009) auf 8,7% im Jahr 2010 gesenkt werden soll. Es sieht die Erhöhung von Steuern, die Reform des Steuersystems, Einsparungen in den Ministerien und Privatisierungen vor.

USA: Gesundheitsreform

24. Dezember: Die Gesundheitsreform, das wichtigste innenpolitische Vorhaben des Präsidenten der USA, Obama, wird vom Senat verabschiedet. Fast 31 Mio. bisher unversicherten Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern wird ein Versicherungsschutz ermöglicht. Zur Finanzierung werden Beihilfen bereitstehen.

USA: Fannie Mae, Freddie
Mac

27. Dezember: Das Finanzministerium der USA erteilt den Hypothekarfinanzierungsinstituten Fannie Mae und Freddie Mac für die nächsten drei Jahre eine unbeschränkte Staatsgarantie. Die beiden Unternehmen, die nach massiven Finanzhilfen im Eigentum des Staates stehen, wickeln weiterhin die Finanzierung von Hypotheken und die Refinanzierung notleidender Kredite ab.

China: Sonderzoll EU

28. Dezember: China hebt auf den Import von Verbindungselementen aus Stahl aus der EU einen Sonderzoll zwischen 16,8% und 24,6% ein. Die Maßnahme ist eine Reaktion auf die Entscheidung der EU, die Strafzölle auf Schuhe aus China zu verlängern.

Österreich

Die Hypo Alpe Adria Bank wird vor der Insolvenz gerettet. Bisherige Eigentümer und die Republik Österreich stellen einen Kapitalzuschuss von 1,5 Mrd. € zur Verfügung. Gemeinsam mit österreichischen Großbanken werden fast 4 Mrd. € an Liquiditätshilfen bereitgestellt. Unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Konjunkturbelebung gibt der Staatsschuldenausschuss Empfehlungen zur künftigen Konsolidierung des Budgetdefizits.

⁴⁾ Die Verpflichtungsermächtigungen decken alle rechtlichen Verpflichtungen ab, die im laufenden Haushaltsjahr für Maßnahmen eingegangen werden, die in diesem Haushaltsjahr und den Folgejahren durchgeführt werden. Jährlich werden dann die jeweils erforderlichen Zahlungsermächtigungen bereitgestellt. Sofern nicht anders angegeben, sind alle angeführten Beträge Verpflichtungsermächtigungen.

⁵⁾ Die Zahlungsermächtigungen decken die Ausgaben, die bei der Erfüllung der im Laufe des Haushaltsjahres und/oder früherer Haushaltsjahre eingegangenen rechtlichen Verpflichtungen entstehen.

17. November: Die Erste Bank vollzieht eine Kapitalerhöhung um 60 Mio. junge Aktien im Wert von 1,74 Mrd. €. Der Angebotspreis beträgt 29 € je Aktie. Das Grundkapital der Bank steigt damit um 19%.

Erste Bank

3. Dezember: Das oberösterreichische Flugzeugzulieferunternehmen Advanced Composite Components (FACC AG) wird zu 91,25% an den Luftfahrtkonzern Xi'an Aircraft Industry Company (XAC) mit Sitz in Xian (China) und den Finanzinvestor Advanced Treasure Limited (ATL) mit Sitz in Hongkong verkauft. XAC hält 90% dieser Beteiligung. Dies ist der bisher größte Kauf durch ein chinesisches Unternehmen in Mitteleuropa.

Advanced Composite Components (FACC AG)

4. Dezember: Bundeskanzler Faymann und Sozialminister Hundsdorfer präsentieren ein drittes Arbeitsmarktpaket, das zusätzlich 69 Mio. € für aktive Arbeitsmarktpolitik mit Schwerpunkt auf einer Qualifizierungsoffensive bereitstellt. Mit dem Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspaket 2010 stehen somit für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen 1,45 Mrd. € zur Verfügung.

Arbeitsmarktpaket

9. Dezember: Der Staatsschuldenausschuss geht in seinen Empfehlungen für 2009 von einem Budgetdefizit von 4% des BIP und für 2010 von 5% des BIP sowie einer Verschuldungsquote des Gesamtstaates von 68% des BIP mit steigender Tendenz für 2010 aus. Der Ausschuss empfiehlt 2010 – sofern die erwartete Konjunkturerholung eintritt – die beschlossenen Maßnahmen planmäßig umzusetzen und keine Schritte zur Haushaltskonsolidierung zu setzen, die die Konjunkturerholung gefährden könnten. In den Folgejahren soll die Budgetpolitik durch Strukturmaßnahmen auf der Ausgabenseite wieder Handlungsspielraum gewinnen und Steuererhöhungen auf das allenfalls notwendige Ausmaß begrenzen. Tiefgreifende Strukturreformen, um die Verschuldungsdynamik zu bremsen und ein übermäßiges Defizit des Gesamtstaates in Österreich zu vermeiden sollten umgehend vorbereitet werden mit dem Ziel, einen fließenden Übergang zwischen dem Auslaufen von temporären Unterstützungsmaßnahmen (Konjunkturerholung, Finanzmarktstabilität) und mittel- bis langfristigen Konsolidierungsmaßnahmen zu erreichen.

Staatsschuldenausschuss

Effizienzgewinne durch Neuordnung der öffentlichen Aufgaben und eine Beschleunigung des Verwaltungsreformprozesses sollten dazu beitragen. Die Konsolidierungsstrategien für Bund, Länder und Gemeinden sind festzulegen und durch Anpassung der Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes 2008 rechtlich zu verankern.

14. Dezember: Um die drohende Insolvenz der Hypo Group Alpe Adria abzuwenden, einigen sich der Haupteigentümer Bayern LB und Republik Österreich auf ein Stabilisierungskonzept. Die Bayern LB übergibt ihren gesamten Anteil (67,07%) um 1 € an die Republik Österreich und zahlt 825 Mio. € ein, indem sie Kredite in nicht beteiligungswirksames Kapital wandelt. Die weiteren Eigentümer wie das Land Kärnten und die Grazer Wechselseitige Versicherung führen 200 Mio. € bzw. 30 Mio. € an Kapital zu. Die Republik Österreich stellt bis zu 450 Mio. € aus dem Bankenhilfspaket zur Verfügung. Zur Liquiditätssicherung tragen die Bayern LB 3 Mrd. €, Kärnten 227 Mio. €, die Grazer Wechselseitige Versicherung 100 Mio. € und österreichische Großbanken 500 Mio. € bei.

Hypo Group Alpe Adria

22. Dezember: Die Europäische Kommission genehmigt die staatlichen Hilfen für die BAWAG PSK aus wettbewerbsrechtlicher Sicht. In den nächsten drei Monaten soll Österreich einen geänderten Umstrukturierungsplan vorlegen. Die Bank erhält vom Staat eine Garantie über 400 Mio. € zur Absicherung von Verlusten aus Krediten sowie eine Kapitalzufuhr von 550 Mio. € über nachrangige Bankanleihen. Von diesen wird der Staat 385 Mio. € zeichnen, 165 Mio. € sollen von privaten Kapitalgebern kommen. Falls diese Tranche nicht platziert werden kann, wird auch sie vom Staat übernommen.

BAWAG PSK

23. Dezember: Die Europäische Kommission genehmigt vorläufig die staatlichen Beihilfen für die Hypo Group Alpe Adria. Im Mai 2010 wird eine vertiefte Prüfung eingeleitet.

Hypo Group Alpe Adria